



FDP-Ratsfraktion Kiel

Haushalt 2011

Rede von Helmut Landsiedel

Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Gehalten vor der Kieler Ratsversammlung

09. Dezember 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
liebe Gäste,

bevor ich mit meinen Ausführungen zum Haushalt 2010 beginne, möchte ich zunächst im Namen der FDP-Ratsfraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt Kiel für die im nun ablaufenden Jahr geleistete Arbeit danken. Ein besonderer Dank geht an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt, die in den letzten Tagen durch ihren Einsatz Straßen und Gehwege von Schnee und Eis frei gehalten haben. Für diesen Einsatz rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ein herzliches Dankeschön!

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltsdebatten haben in der Regel mehrere Ausprägungen. Zum einen nutzt die Opposition dies für einen Rückblick – der, wie könnte es auch anders sein, für die Mehrheitsfraktionen immer nur desaströs sein kann, denn man selbst hätte natürlich alles besser gemacht – so man denn die Mehrheit dafür gehabt hätte. Auch ich werde dies tun – die Mehrheitsfraktionen haben uns erfreulicherweise – allerdings leider zum Schaden dieser Stadt – genügend Stoff im abgelaufenen Jahr geboten. Der zweite Teil ist dann die Darstellung der eigenen, natürlich besseren politischen Schwerpunktsetzung. Auch hierzu werde ich einiges sagen in der festen Überzeugung, dass diese politischen Alternativen unserer Stadt dienlicher gewesen wären.

Der eigentliche Haushaltsentwurf, der – betrachtet man das einmal ernsthaft – nur begrenzte Handlungsspielräume bietet und in dem wir oft auch Übereinstimmung zwischen den Fraktionen finden, wird der letzte Teil meiner Ausführungen sein.

Beginnen möchte ich jedoch mit einer Analyse und Darstellung wesentlicher Aussagen dieses von der Verwaltung vorgelegten Haushaltes:

Im Juni dieses Jahres wurde von der Selbstverwaltung endlich die lang ersehnte **Eröffnungsbilanz** vorgelegt:

Zum Stichtag 01.01.2009 **betrug die Eigenkapitalquote Kiels noch rund 28 Prozent und das Eigenkapital rund 451 Mio. Euro.** Dies ist allerdings bei einer Kommune weit weniger aussagekräftig als bei einem Wirtschaftsunternehmen, da ein Großteil der Aktiva aus unveräußerbaren Vermögensgegenständen besteht – das tatsächlich zur Deckung von Schulden verwertbare Eigenkapital ist also wesentlich geringer.

Viel ausschlaggebender ist aber, dass das **Eigenkapital nach der Prognose des Kämmers bis Ende 2013** aufgezehrt sein wird. Wenn diese Eröffnungsbilanz also ein Signal an die Kommunalpolitik sendet, dann ist das der dringende Hinweis, dass es höchste Zeit zum Gegensteuern ist.

Dies gilt umso mehr, als die Gefahr besteht, dass Verschlechterungen der Zinskonditionen bei den kurzfristigen Kassenkrediten weitere Einschränkungen des finanziellen Spielraums der Stadt zu Folge haben können.

Aufgabenkritik und konsequente Haushaltsdisziplin sind daher das Gebot der Stunde. Entscheidend wird dabei sein, dass sich insbesondere auch die rot-grüne Kooperation dem Konsolidierungsprozess nicht verschließt. Ein weiteres Schuldenmachen zu Lasten der künftigen Generationen ist unverantwortlich.

Wenn es darüber hinaus einen durchgängigen Trend in diesem über 800seitigen Zahlenwerk gibt, dann leider den, dass so ziemlich alles, was haushaltspolitisch problematisch ist, noch problematischer wird. Beispielhaft sei auf Basis der Nachmeldeliste der Verwaltung auf Folgendes verwiesen:

Das **Jahresergebnis** wird sich in 2011 mit einem **Minus von rund 88 Mio. Euro im Vergleich zu 2010 um etwa 16%** und damit drastisch verschlechtern.

Besorgniserregend ist zudem die explosionsartige Entwicklung der **Kassenkredite**, also der kurzfristigen Schulden. Der Kämmerer weist im Vorbericht darauf hin, ich zitiere: „Diese steigen im Planungszeitraum um den Faktor 10 von 57 auf 540 Mio. Euro.“ Zitat Ende. **In der Summe von langfristigen und kurzfristigen Kassenkrediten wird Kiel also in 2013 bei über 1 Mrd. Euro liegen.** Ich denke, dass dem nichts hinzuzufügen ist. Dies ist finanzpolitischer Harakiri!

Der **Finanzplan**, der nach der Gemeindehaushaltsverordnung mindestens ausgeglichen sein soll, ist zunehmend defizitär.

Die **Nettokreditaufnahme** wird 30 Mio. Euro betragen – auch hier ist mit etwa 36% ein mehr als deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Auch wenn dies zum Teil auf positiv zu bewertende investive Maßnahmen im Schulbereich zurückzuführen ist, kann sich die Stadt dennoch nicht der Pflicht entziehen, diese Kredite irgendwann zu bedienen.

Der **Schuldenstand** steigt um rund 6%, die **Pro-Kopf-Verschuldung** nimmt etwa in der gleichen Größenordnung zu und wird zum Ende des kommenden Jahres fast 1.800 Euro betragen.

Vor diesem Hintergrund weisen auch die **Zinszahlungen** eine expansive Entwicklung auf. Sie werden bis 2014 voraussichtlich um 42% zunehmen und den finanzpolitischen Spielraum weiter verringern.

Dies belegt auch die **Zins-Steuer-Quote**: Von jedem in Kiel verbleibenden Steuer-Euro müssen in 2011 rund 10% für Zinsen aufgebracht werden – in 2014 wird sich dieser Betrag auf 12% erhöhen!

Schauen wir uns das abgelaufene Jahr an. Was hat denn die rot-grüne Kooperation im nun ablaufenden Jahr auf dem Gebiet der Haushalts- und Finanzpolitik getan?

Im Februar bringt die Kieler SPD den „**Kultureuro**“ ins Gespräch und will damit in guter sozialdemokratischer Tradition eine weitere Einnahmenquelle schaffen, die den Gästen und Touristen in die Tasche greift, in der Folge den Standort Kiel schwächt.

Neben der immer wiederkehrenden Verschleppung von Investitionen demonstriert die Forderung nach einem „Kultureuro“ eindrucksvoll, dass die Kieler Sozialdemokraten von einer wachstumsorientierten Standortpolitik nach wie vor meilenweit entfernt sind.

Ebenfalls im Februar beteuert die rot-grüne Kooperation, zu den **Einsparanstrengungen der Verwaltung** zu stehen und erklärt dazu: „Wir machen (...) deutlich, dass die Kieler Kommunalpolitik dort konsolidiert, wo es Spielräume gibt, im vollem Bewusstsein, dass es wehtun wird.“

Kurz darauf fordern SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung einen **Rettungsschirm** „für Städte wie Kiel“, um den Auswirkungen der Wirtschaftskrise entgegenzutreten.

Rot-Grün hält einerseits an unbezahlbaren Projekten wie der SRB fest und realisiert „nice-to-have“ Vorhaben wie das Atelierhaus – andererseits wird ein „Rettungsschirm“ (und ein paar Monate später ein „Entschuldungsfonds“) gefordert.

In der Ratssitzung im Mai kündigt die **rot-grüne Kooperation** an, allenfalls im Baubereich sparen zu wollen und leistet damit einen **haushaltspolitischen Offenbarungseid**. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass der Oberbürgermeister in punkto „Haushaltskonsolidierung“ von Rot-Grün ausgebremst wird. Es ist schleierhaft, wie unter diesen Voraussetzungen

das im März vom Finanzausschuss beschlossene doppische Haushaltskonsolidierungskonzept umgesetzt werden kann.

Ebenfalls im Mai genehmigt **das Innenministerium die Haushaltssatzung 2010** der Landeshauptstadt Kiel „**nur unter Zurückstellung erheblicher Bedenken**“ - der Landeshauptstadt wird eine „unbefriedigende Haushaltskonsolidierung“ attestiert. Dies lässt sich an der über den Empfehlungen des Haushaltserlasses liegenden Steigerung der bereinigten Ausgaben ablesen.

Inwieweit die Verwaltungsspitze jedoch bei den vom Innenministerium geforderten Schritten zur Haushaltskonsolidierung auf die Unterstützung der Mehrheitsfraktionen bauen kann, ist fraglich – schließlich hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Rot-Grün im Zweifel das Füllhorn dem Rotstift vorzieht.

Als im Juli der OB die **Ergebnisse der verwaltungsinternen Haushaltsklausur** der Kommunalpolitik unterbreitet, **erklären** die Kreisvorsitzenden von **SPD und Grünen**, MdL Rolf Fischer und Regina Rosin, in der Kieler Nachrichten vom 10. Juli, **was ihrer Meinung nach nicht geht**, schlagen damit schon frühzeitig Pflöcke ein und untergraben damit die Konsolidierungsbemühungen des OB.

Im September fordert die rot-grüne Kooperation einen staatlich zu veranlassenden **Entschuldungsfonds** für überschuldete Städte, um mit dem Abbau der Altschulden zu beginnen. Die OB von Kiel und Lübeck schließen sich dieser Forderung im Oktober an.

Dieser Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren der Kooperation, ist in seiner Zielsetzung eindeutig. Jeder der beiden Herren OB weiß ganz genau, dass keine Landesregierung, egal ob schwarz-gelb oder rot-grün, einem solchen Ansinnen nachkommen würde. Aber damit kann man vortrefflich von der eigenen Verantwortung ablenken, die Schuld anderen zuschieben, anstatt eigene Sparvorschläge zu erarbeiten und vor allem auch durchzusetzen.

Die Mehrheitsfraktionen machen es sich hier zu einfach, wenn sie immer wieder nur nach Hilfe rufen, ohne dabei auch vor der eigenen Haustür zu kehren – schließlich ist die finanzielle Misere Kiels auch auf jahrzehntelange finanzpolitische Fehlentscheidungen der Kieler Sozialdemokratie zurückzuführen.

Notwendig sind stattdessen

- eine Finanzreform, die den Kommunen eine verlässliche Einnahmebasis verschafft, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge finanzieren zu können.

- Die strikte Forderung nach Einhaltung des Konnexitätsprinzips und
- last but not least haben die Kommunen selbstverständlich auch ihre eigenen Hausaufgaben in Form von verstärkten Konsolidierungsanstrengungen zu machen.

Dass hier die Kieler rot-grüne Kooperation immer noch auf konstruktive Vorschläge warten lässt, zeigt allerdings, dass in Kiel in diesem Punkt keine Fortschritte zu erwarten sind.

Ganz im Gegenteil:

Im selben Monat werden zwei weitere von Rot-Grün beantragte **Gutachten zur SRB** vorgelegt. Unabhängig vom Ergebnis dieser Gutachten können zwei grundsätzliche Einwände gegen die SRB auch durch diese Gutachten nicht entkräftet werden:

Erstens: Das rot-grüne Prestige-Projekt ist und bleibt finanziell nicht darstellbar. Dies betrifft sowohl die Investitions- als auch die laufenden Betriebskosten. Dass Rot-Grün trotzdem daran festhält und weiterhin Planungskosten versenkt, obwohl Kiels Haushalt in 2014 Schulden von insgesamt über 1 Mrd. Euro aufweisen wird, ist haushaltspolitisch verantwortungslos.

Zweitens: Die SRB würde keineswegs die verkehrspolitisch optimale Lösung darstellen, und zwar nicht nur deswegen, weil sie gleisgebunden und damit unflexibel ist, sondern insbesondere auch deswegen, weil auch sie die Förde umfahren muss und daher keinen Beitrag dazu leisten kann, die Fördequerung attraktiver zu gestalten. Aber genau dies stellt die verkehrspolitische Herausforderung dar.

Dennoch marschiert die Rot-Grüne Kooperation unbeirrt weiter in die Richtung des unfinanzierbaren Millionengrabs und versenkt für Planungskosten immer mehr Steuergelder. Deutlicher kann man nicht zeigen, dass man aus dem Millionengrab Maritimes Science Center nichts gelernt hat. Hier hat man 5 Millionen in den Sand gesetzt – da sage nur noch einer, Kiel hätte kein Geld!

Im November werden Vereinbarungen zur Intensivierung der **interkommunalen Zusammenarbeit** mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde werden unterzeichnet (für die Bereiche der Unterhaltssicherung und den Zensus 2011). Der Abbau von Doppelstrukturen, um öffentliche Leistungen effizienter zu erbringen und den Haushalt zu entlasten, ist eine seit längerem erhobene Forderung der FDP-Ratsfraktion. Ein entsprechender Antrag wurde jedoch von Rot-Grün abgelehnt.

Im November wird außerdem der **Antrag der FDP-Ratsfraktion** abgelehnt, die für die **Realisierung der Städtepartnerschaften** notwendigen finanziellen Mittel auf einen konkreten Betrag – wir beantragten hier 120.000 Euro – zu deckeln.

Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass Rot-Grün kneift, wenn´s konkret und verbindlich wird.

Das eben an einigen Punkten skizzierte Jahr zeigt in der Gesamtschau ein weiteres Mal, dass Rot-Grün haushaltspolitisch versagt hat, lieber auf das Hier und Jetzt schaut und sich beim dauernden Ruf nach Entschuldungsfonds und Rettungsschirmen aus der Verantwortung stehlen will, anstatt - gemeinsam mit anderen politischen Kräften hier im Haus - finanzielle Spielräume zu wahren und auszubauen, um die Zukunft der Stadt zu gestalten.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

Die FDP-Ratsfraktion wird bei allen Bemühungen zur dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung auch weiterhin zwei Schwerpunkte in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Dies sind die Bereiche **„Investitionen in Bildung und Sport“** und **„Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kiel“**.

1. Investitionen in Bildung und Sport

Im Bereich Bildung und Sport liegen wir nicht weit auseinander. Die auch mit Bundesmitteln („Konjunkturpaket I und II“) finanzierten Sanierungen an Schulen und Sporthallen wurden von uns unterstützt, ebenso die dringend notwendigen Um- und Neubauten der RBZ sowie des neuen Hallenbades. Gleiches gilt für die Schaffung von Kita-Plätzen. Angesichts der zunehmenden Knappheit von qualifizierten Arbeitskräften können wir es uns nicht leisten, Frauen mit dem Wunsch, wieder in den Beruf einzusteigen, diesen Einstieg aufgrund fehlender Kita-Plätze zu erschweren.

Der von der FDP-Ratsfraktion beantragte **Bildungsfonds** wird im November auf den Weg gebracht. Zweck der Stiftung ist die Förderung und finanzielle Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien, beispielsweise durch die Unterstützung der Teilnahme am Schulessen. Durch den Bildungsfonds können öffentliche und private Gelder gebündelt und zielorientiert im Sinne der Stiftungsidee eingesetzt werden.

2. Eine aktive Wirtschafts- und Standortpolitik

Das zweite wichtige Ziel der FDP-Ratsfraktion ist eine aktive Wirtschafts- und Standortpolitik. Ziel muss es sein, die ansässigen Unternehmen in der Stadt zu halten und gute Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen zu schaffen. Auf diese Weise können zukunftsfeste Arbeitsplätze geschaffen und die Einnahmesituation der Stadt langfristig gesichert und ausgebaut werden. Die Beispiele aus finanziell gesunden Kommunen zeigen, dass ohne eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik eine nachhaltige Gesundung der städtischen Finanzen nicht möglich sein wird.

Und was hat die Kooperation in punkto Wirtschafts- und Standortpolitik vorzuweisen?

Im Februar **lehnt die rot-grüne Kooperation einen Antrag der FDP-Ratsfraktion** ab, wonach der Oberbürgermeister beauftragt werden soll, der Selbstverwaltung Vorschläge für Projekte zu unterbreiten, die dazu geeignet sind, die ursprünglich für das **Maritime Science Center** geplanten Fördergelder des Landes in Kiel zu binden.

Im **März lehnt Rot-Grün den Antrag der FDP-Ratsfraktion** ab, der interkommunalen Arbeitsgruppe zur **Bekämpfung der Schwarzarbeit** beizutreten. Die rot-grüne Kooperation legt damit die Hände in den Schoß, wenn es darum geht, gegen ausfallende Beiträge an die Sozialversicherung, gegen Steuerausfälle sowie gegen die Gefährdung von regulären Arbeitsplätzen mehr zu tun.

Im Mai setzt der OB das um, was die FDP-Ratsfraktion schon vor Monaten beantragt hatte, nämlich *„Vorschläge für Projekte zu unterbreiten, die dazu geeignet sind, die ursprünglich für das **Maritime Science Center** geplanten Fördergelder des Landes in Kiel zu binden.“* Im Gegensatz zu den Mehrheitsfraktionen, die den damaligen Antrag ablehnten, hat der OB offenbar die Notwendigkeit erkannt, durch alternative Projekte die ehemaligen MSC-Fördergelder in Kiel zu binden.

Im Juli zeichnet sich nach der MATRIX-Präsentation immer mehr ab, dass das Projekt den für die **Innenstadtentwicklung** notwendigen Gegenpol zur südlichen Innenstadt niemals darstellen wird. Es ist ein unverantwortlicher Irrtum zu glauben, dass ein Geschäftshausmodell mit einem angeblich zugkräftigen Ankermieter die Attraktivität des Alten Marktes steigern könnte und Kunden anzieht.

Diese für die nördliche Altstadt so wichtige Option hat die rot-grüne Kooperation durch ihre **Basta-Politik** längst aufgegeben, indem sie Entwicklungen nördlich des Alten Marktes durch stures Ausblenden von Alternativen ohne Not verhindert hat.

Als die Verwaltungsspitze im Oktober endlich ein tragbares **Konzept für den Flughafen Kiel** vorlegt, welches die Verknüpfung einer wirtschaftlichen Nutzung des Areals als Gewerbegebiet mit Landebahn und dem dadurch ermöglichten schrittweisen Abbau des städtischen Betriebskostenzuschusses vorsieht und damit eine langjährige Forderung der FDP-Ratsfraktion erfüllt, beginnt ein **zeitraubender Eiertanz der Kooperation**, hin- und hergerissen zwischen Gewerbepark und Wohnbebauung.

Ebenso wie oben bei der Haushaltspolitik dargelegt, treten auch bei der Wirtschafts- und Standortpolitik die rot-grünen Defizite offen zu Tage. Gute Ideen, die nicht aus den eigenen Reihen kommen, haben es bei den Mehrheitsfraktionen grundsätzlich schwer – sie werden entweder gleich abgelehnt oder erfahren im Ausschuss eine Beerdigung zweiter Klasse – oder tauchen abgewandelt als eigene Anträge wieder auf.

Rot-Grün zieht das parteipolitische Primat und Taktieren sinnvollen Lösungen vor und schadet somit unserer Stadt.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

kommen wir jetzt zum Haushaltsentwurf, den wir als FDP-Ratsfraktion für dringend reformbedürftig erachten und wo und wie wir mit der Konsolidierung beginnen wollen. Hierzu fünf Anmerkungen:

1. Der doppische Haushalt mag zwar die wirtschaftliche Situation unserer Stadt ehrlicher und transparenter gestalten, für die Selbstverwaltung ist es schwieriger geworden, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen, die Höhe eines Wertansatzes nachzuvollziehen oder auch alleine die mit diesem Produkt verfolgte politische Zielsetzung zu erkennen. Hier reicht es nicht aus, wenn die Verwaltung zu jeder Hilfestellung bereit ist - Fragen kann man erst dann stellen, wenn man das System beherrscht und die Zielsetzung erkennt. Deshalb beschränken wir uns in unseren Einzelanträgen und stellen in den Mittelpunkt unserer Haushaltsanträge ein Konzept, wie wir zukünftig mit dem Haushalt umgehen könnten. Diesen Antrag werde ich später nochmals ausführlicher begründen.
2. Wir müssen einen Weg finden, uns mit Haushaltfragen wesentlich früher zu beschäftigen. Innerhalb von vier Wochen kann man selbst in der eigenen Fraktion kaum eine

Abstimmung vornehmen, geschweige denn einen gemeinsamen Konsens aller Fraktionen herstellen. Auch hierzu bietet unser Antrag eine Möglichkeit.

3. Die von uns mehrfach vorgetragene Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung muss endlich umgesetzt werden. Das kann in kleinen Schritten vollzogen werden, aber wir müssen damit endlich beginnen. Auch dies lässt unser Antrag zu.
4. Wir müssen die von der Stadt erbrachten bzw. finanzierten Leistungen kritisch überprüfen. Z.B.: Brauchen wir in unserer Stadt wirklich vier Träger von Schuldnerberatungen, fünf Träger für Sucht-/Drogenberatung, zehn Institutionen für Frauen-/und Mädchenberatung neben einer Vielzahl von Familien-/Jugend- und Kindereinrichtungen? Niemand bestreitet die Notwendigkeit dieser Aufgaben, aber warum so dezentral mit jeweils eigener Verwaltung, eigenen Räumen und Ausstattungen? Gleiches gilt auch für die freiwilligen Leistungen – sind sie angesichts der Finanzlage unserer Stadt wirklich in der jetzigen Höhe notwendig? Aber auch die Frage danach, wer die Leistung erbringt, muss gestellt werden. Z.B., ob Leistungen auch in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen gemeinsam und damit kostengünstiger erbracht werden können.
5. Neben einer kritischen Überprüfung der Ausgaben müssen wir die Einnahmeseite stabilisieren. Dazu gehören neben einer dringend notwendigen Gemeindefinanzreform eine effiziente Wirtschaftsförderung, eine lebendige, zukunftsfähige Innenstadt und eine Infrastruktur, die Kiel für die Menschen attraktiv macht. Sei es als Arbeitgeber, Arbeitnehmer, als Studierende oder auch als Tourist. Hierzu habe ich bereits einiges gesagt.

Ich komme zum Schluss zu einer Gesamtwürdigung:

Im Gegensatz zum letzten Jahr sieht die FDP-Ratsfraktion eine positive Entwicklung in einigen Bereichen. Dies sind neben den bereits erwähnten Übereinstimmungen bei den Kitas, den Schulen und dem Sport die positiven Ansätze bei der Wirtschaftsförderung und der kommunalen Zusammenarbeit, aber auch in für die Zukunft bedeutsamen Projekten wie z.B. die Weiterentwicklung des Flughafengeländes zu einem Gewerbepark, die angestrebte Energieversorgung durch ein GuD-Kraftwerk sowie die Ergebnisse des städtischen Eigenbetriebs Beteiligungen.

In den Bereichen Soziales, Jugend und Gesundheit sehen wir noch Klärungs- und Handlungsbedarf, die von mir genannten Beispiele mögen dies verdeutlichen.

Vollkommen traumtänzerisch sind die Pläne in der Altstadt, doch diese wirken sich **noch** nicht im diesjährigen Haushalt unmittelbar aus. Hier werden wir auf andere Art und Weise deutlich machen müssen, dass sich die Kooperation auf dem Holzweg befindet – zum Schaden unserer Stadt!

Die – wenn auch nur zaghaften – Signale der Kooperation, sich Anträgen der Opposition nicht verschließen zu wollen, und die Aufforderung an die Fraktionen, auch Verantwortung für diesen Haushalt zu übernehmen, vernehmen wir sehr wohl – doch noch sind aufgrund der bisherigen Erfahrung Zweifel erlaubt. Zu deutlich war die Diskrepanz zwischen dem staatstragend vorgetragenen Ziel eines „neuen Stils der Zusammenarbeit“ und der Realität, zu oft wurden unsere Anträge erst abgelehnt und dann unter eigener Flagge auf den Markt gebracht.

Wir haben lange und intensiv diskutiert, ob wir diesem Haushalt so zustimmen können. Doch bei gründlicher Analyse dieses Haushaltes, den die Kooperation fälschlicherweise als Konsolidierungshaushalt darstellt, können wir nur feststellen, dass die Kooperation eine eigenwillige Definition des Begriffes „Konsolidierung“ benutzt. Danach bedeutet Konsolidierung:

1. Steuererhöhung
2. Die Strategie, am Anfang des Jahres eine Finanzplanung für das folgende Jahr mit hohen Ausgabenansätzen aufzustellen und dann zum Ende des Jahres bei den Haushaltsberatungen zu sagen, so schlimm wird es wohl nicht, wir konnten den Fehlbetrag um 20 Mio drücken – und das ist dann der Konsolidierungsbeitrag
3. ideologisch begründete Lieblingsprojekte über das notwendige Maß hinaus zu bedienen und
4. die Schuld für die Misere bei anderen zu suchen und für das selbst zu verantwortende Regenwetter nach Rettungsschirmen zu rufen.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, entspricht nicht der Programmatik der FDP – das sind Taschenspielertricks. Diesen Haushalt haben sie selbst zu verantworten. Wir lehnen ihn ab.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!